

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Erika Romberg (GRÜNE/GAL)

Betr.: Atommülltransportunfall auf der Reeperbahn am 7. August 1985

In der Schriftlichen Kleinen Anfrage der Abgeordneten Marion Pein (GAL) vom 8. August 1985 wird ein Artikel des „Hamburger Abendblatts“ zitiert, der über den Atommülltransportunfall auf der Reeperbahn am 7. August 1985 berichtet. Bezüglich der auf dem Lkw befindlichen Ladung heißt es dort, daß „leicht bestrahlte Bleche und Metallteile, die noch zusätzlich in Betonblöcke gegossen waren“, transportiert worden sind.

Auf die Frage, was diese in Beton gegossenen Materialien in Mol sollten, antwortet der Senat am 16. August 1985, daß nach Auskunft der HEW „keine in Beton gegossenen Materialien auf diesem Transport befördert“ wurden.

Vor dem Hintergrund der bekanntgewordenen Skandale über Atommülltransporte frage ich den Senat:

1. Hält der Senat es für möglich, daß der Bericht des „Hamburger Abendblattes“ trotz gegenteiliger Behauptung der HEW zutreffend gewesen sein könnte?

Wenn ja, wird sich der Senat beim „Hamburger Abendblatt“ erkundigen, worauf sich seine Informationen über den Inhalt des verunglückten Transportes stützen, oder anderweitig den Sachverhalt überprüfen und wie?

Wenn nein, warum nicht?

2. Ist dieser verunglückte Transport im Zusammenhang mit den Skandalen um die Firma Transnuklear zwischenzeitlich überprüft worden?

Wenn ja, in welchem Umfang und mit welchem Ergebnis und ggf. mit welchen Konsequenzen?

Wenn nein, warum nicht?

04. 03. 88

Antwort des Senats

Anläßlich der Beantwortung dieser Anfrage macht der Senat noch einmal deutlich, daß es prinzipiell vom Verfahren und aus Gründen des Arbeitsschutzes nicht möglich ist, Inhalte von Transporten über das Gebiet der FHH durch Öffnen von z. B. Fässern und Gebinden oder durch Entnahme von zerstörenden Proben zu prüfen. Überprüfungen von Inhalten radioaktiven Mülls müssen am Versendeort durch die dafür zuständigen Behörden erfolgen und papiermäßig bestätigt werden. Dieser Grundsatz, nach dem schon in der Vergangenheit verfahren wurde, gilt unverändert.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

Zu 1. und 2.:

Nach Auskunft der für diesen Transport zuständigen Aufsichtsbehörde des Sozialministeriums des Landes Schleswig-Holstein ergibt sich auch aufgrund der im Lichte der Ereignisse um die Firmen Transnuklear und Nukern durchgeführten Überprüfungen folgender Sachverhalt:

„Bei dem Transport am 7. August 1985 wurden brennbare Mischabfälle sowie Aktivkohle transportiert.“

Diese Aussage deckt sich mit der Beantwortung der Frage 5 der Schriftlichen Kleinen Anfrage vom 8. August 1985 — Bürgerschaftsdrucksache 11/4746 — durch den Senat.